

# Evangelische Verantwortung

42. Bundestagung:  
Angela Merkel  
in Heidelberg

evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Evangelisches Leserforum	7
Aus unserer Arbeit	8
30. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hannover	12

## Weichen stellen für eine lebenswerte Zukunft

Bischof Jochen Bohl, Ev.-Luth. Kirche Sachsen

In der Formulierung des Themas klingt bereits an, dass eine gute und gedeihliche Entwicklung der deutschen Gesellschaft nicht ohne weiteres als gesichert angesehen werden kann. Im Gegenteil – es gibt zahlreiche Befürchtungen, die sich mit aktuell unbefriedigenden Entwicklungen in zentralen Bereichen der Gesellschaft verknüpfen und zu einer verzagten, ängstlichen Grundstim-

chen; in einem zweiten Teil geht es um Ursachen der niedrigen Geburtenrate und in diesem Zusammenhang bedeutsame geistige Prozesse der Gegenwart, die ich anschließend theologisch kommentieren möchte.

1) Seit nahezu 30 Jahren besteht in Deutschland Massenarbeitslosigkeit. Diese ungute Entwicklung und die daraus resultierenden Probleme haben sich stetig verschärft. Jeder Wirtschaftszyklus hat den „Sockel“ verbreitert; und im Monatsdurchschnitt des Februar wurde eine neue Höchstzahl erreicht, mit deutlich mehr als 5 Mio. Arbeitslosen. Die in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befindlichen Personen hinzugerechnet, muss man von einer Unterbeschäftigung von etwa 6,2 Mio. Menschen ausgehen.

Insbesondere auch der jüngste Wahlerfolg einer offen rechtsextremistischen Partei in Sachsen – aber auch die Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland – macht deutlich, dass beträchtliche Teile der Bevölkerung mit großen Sorgen auf ihre persönliche Lebensperspektive sehen. Die lang andauernde Arbeitslosigkeit trägt den Charakter eines dauerhaften Ausschlusses aus dem Erwerbsleben und damit aus einem wichtigen Bereich des menschlichen Gemeinschaftslebens. Geht man davon aus, dass etwa 9 % der Bevölkerung in Sachsen von den Arbeitsmarktrefor- men unter dem Stichwort Hartz IV direkt betroffen sind, so wird deutlich, dass dieses Phänomen in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Auch sehr viele Arbeitsplatzbesitzende sind von einer

*Insbesondere auch der jüngste Wahlerfolg einer offen rechtsextremistischen Partei in Sachsen macht deutlich, dass beträchtliche Teile der Bevölkerung mit großen Sorgen auf ihre persönliche Lebensperspektive sehen.*



Foto: Giersch

*Es erscheint nicht unangemessen, von einer Sinnkrise zu sprechen, in der sich unser Land befindet*

mung im Land geführt haben. Aus meiner Sicht verlangen die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit und insbesondere der demographische Wandel große Aufmerksamkeit. Zunächst werde ich einige Anmerkungen zur Bedeutung der Arbeit ma-

tief sitzenden Sorge um die Stabilität und Sicherheit ihres Arbeitsverhältnisses erfasst. Leider müssen wir in diesen Tagen erkennen, dass die Arbeitslosigkeit auch die demokratische Stabilität des Gemeinwesens beeinflusst. Mit dieser Aussage soll keine Parallele zu einer völlig anderen historischen Situation gezogen, wohl aber die Notwendigkeit unterstrichen werden, endlich den Trend zu stoppen und zu einer wirksamen Strategie zu kommen. Die wird umso dringender, weil der in ungebrochener Geschwindigkeit ablaufende Prozess des Abbaus von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen absehbar zu einer Überlastung der Sozialversicherungssysteme führt. Diese Entwicklung muss als bedrohlich für die Stabilität des demokratischen Gemeinwesens begriffen werden.

*Dementsprechend sind politische Ansätze, wie sie sich zunächst mit der Einführung der sogenannten Gesundheitsprämie – also der Steuerfinanzierung der Krankheitskosten – verbinden, wohl alternativlos.*

Nach einer so langen Zeit der Massenarbeitslosigkeit ist aber auch hinreichend deutlich, welche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um zu einer besseren Entwicklung zu kommen. In einigen europäischen Nachbarländern stellt sich die Situation deutlich besser dar, so dass die deutsche Strategie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit grundsätzlich zu überprüfen ist; unter den Ökonomen gibt es jedenfalls weitgehendes Einvernehmen hierzu. Hier soll nur die unbedingt gebotene Entlastung des Faktors Arbeit von den Kosten der sozialen Sicherung angesprochen sein. Gerade im internationalen Vergleich ist diese Notwendigkeit eindeutig und dementsprechend sind politische Ansätze, wie sie sich zunächst mit der Einführung der sogenannten Gesundheitsprämie – also der Steuerfinanzierung der Krankheitskosten – verbinden, wohl alternativlos.

Notwendig ist es allerdings auch, einen Blick auf die Einstellungen und Mentalitäten zu werfen, die sich in Bezug auf den Stellenwert der Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert haben. Ich halte es insbesondere für verfehlt, dass man über längere Zeit auf die stattfindenden Veränderungen in den Wirtschaftsprozessen mit der Aufforderung reagiert hat, es käme darauf an, in einer Gesellschaft, der die Arbeit ausgeht, zu anderen das Leben tragenden Orientierungen jenseits der Erwerbsarbeit zu kommen. Inzwischen hat sich deutlich genug herausgestellt, dass diese Formen des Lebens nicht ohne Weiteres gefunden werden können, vor allem nicht von den sogenannten „Niedrigqualifizierten“. Aus der Arbeit der Diakonie, aber auch aus der Seelsorge ist hinreichend bekannt, dass sehr viele persönliche Krisen, Beziehungsschwierigkeiten, Suchterkrankungen, also der Verlust

von „Lebensbewältigungskompetenzen“ ihre Ursachen in dauerhaftem Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt haben.

Die lutherische Ämterlehre geht davon aus, dass jeder Mensch nach den Maßgaben seiner Möglichkeiten einen Beitrag zu einer guten und gelingenden Entwicklung des Gemeinwesens geben soll. Die verschiedenen Gaben sind den Individuen nicht als persönlicher Besitz zuzurechnen, sondern verdeutlichen die Vielfalt der Gottesgaben und tragen insofern den Charakter eines geistlichen Geschenkes, das zum Nutzen der Gesellschaft entwickelt und gestaltet sein will. Vor diesem Hintergrund ist es eine „unmögliche Möglichkeit“, Menschen dauerhaft aus dem Erwerbsleben auszuschließen: Für ein gelingendes Leben ist es notwendig, die eigenen Kräfte anzuspannen, sie zu schulen, fortzuentwickeln und damit nicht nur das persönliche Wohlergehen, sondern auch eine glückhafte Entwicklung der menschlichen Gemeinschaften zu sichern. Wie die elementare Familienarbeit ist auch die Einbindung in die Arbeitswelt kaum zu ersetzen; und nicht zuletzt wegen der dringend notwendigen Stärkung einer autonomen Lebensführung (also der Verringerung der Abhängigkeit von sozialpolitischen Entscheidungen) haben zählbare Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit höchste Priorität. Andere sozialpolitische Ziele treten dahinter zurück.

2) In den letzten Jahren ist ein weiterer Krisenherd in das öffentliche Bewusstsein gerückt, die sogenannte „Unterjüngung“. Ich bevorzuge diesen Begriff, weil der starke Anstieg der Lebenserwartung ein ausschließlich positiv zu bewertendes Phänomen ist, das den Wertüberzeugungen unserer Gesellschaft und auch der christlichen Hochschätzung des Lebens entspricht. Es ist ja wesentlich auf die enormen Anstrengungen im Bereich der Gesundheitsversorgung und der medizinischen Forschung zurückzuführen, die für die christliche Kultur des Abendlandes kennzeichnend sind. Insofern sollte man nicht von „Überalterung“ sprechen.

Problematisch ist allein, dass diese positive Entwicklung begleitet wird von einem massiven Geburtenfazit. Das Zusammenwirken beider Entwicklungen führt zu einer krisenhaften Altersstruktur der Bevölkerung.

Angesichts der – erfreulicherweise – inzwischen geführten breiten öffentlichen Diskussion kann ich mich auf wenige Stichworte beschränken.

■ Etwa seit 30 Jahren ist in Deutschland jeder Geburtsjahrgang schwächer gewesen als der vor-

# Liebe Leserin, lieber Leser,

**das Motto des diesjährigen 30. Deutschen Evangelischen Kirchentages „Wenn dein Kind dich morgen fragt...“ war eine wichtige Zeit-ansage für Kirche und Politik.**

In unserer gemeinsamen Verantwortung als Christinnen und Christen wurden wir erneut aufgerufen, uns für Generationengerechtigkeit, Solidarität und ein glaubwürdiges Zeugnis in der Gesellschaft einzusetzen. Mich haben auf diesem Kirchentag die Anwesenheit und das Interesse der vielen jungen Menschen und Familien besonders beeindruckt. Das ist ein gutes Hoffnungszeichen für die Christinnen und Christen in Deutschland.

Neben den vielen Veranstaltungen und Foren war für mich der große Zuspruch auf dem Empfang des Evangelischen Arbeitskreises mit **Angela Merkel**, Kirchentagspräsident **Prof. Nagel**, Ministerpräsident **Christian Wulff**, Landesbischöfin **Margot Käßmann** sowie dem Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof **Wolfgang Huber**, am „Abend der Begegnung“ eine Bestätigung der wichtigen Brückenfunktion des EAK zwischen Kirche und Politik. Der große Andrang bei der Bibelarbeit von Angela Merkel beispielsweise zeigte mir, dass auf dem Kirchentag nicht nur gesellschaftspolitische Themen eine Rolle spielen, sondern auch eine große Sehnsucht nach Glaubensfragen und Spiritualität besteht. Der Kirchentag in Hannover war ein großer Erfolg und ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass – entgegen manchen immer wiederkehrenden Unkenrufen – Glaube, Werte und Religion nach wie vor in unserer Gesellschaft gesucht werden und hoch im Kurse stehen, insbesondere bei jüngeren Menschen.

Unmittelbar nach dem Kirchentag gab es ein weiteres freudiges und für die gesamte Union bedeutsames Ereignis: Mit der einstimmigen und gemeinsamen CDU/CSU-Nominierung der Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, **Dr. Angela Merkel**, zur **Kanzlerkandidatin** sind auch die politischen Weichen in unserem Land nun voll auf „Zukunft“ gestellt. Nach der erfolgreichen **Wahl in NRW** und dem großen Sieg von **Jürgen Rüttgers** im Mai steht die derzeitige Regierung nun endgültig vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Politik. Die Flucht nach vorn von Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen und auf Neuwahlen zu setzen, ist nur zu begrüßen, denn jeder Tag, an dem die rot-grüne Regierung länger im Amt ist, – wir haben das oft als CDU/CSU-Fraktion betont – ist ein verlorener Tag.

Die Menschen in unserem Lande spüren, dass sie insbesondere einer Partei wie der SPD, die zwar auf der einen Seite virtuos mit emotionalisierten Wort-

hülsen und ideologischen Kampfgriffen zu operieren weiß, auf der anderen Seite aber faktisch für die höchste Arbeitslosenquote in der Geschichte der Bundesrepublik, die höchste Staatsverschuldung und den fast völligen wirtschaftlichen Wachstumsstillstand verantwortlich ist, nicht mehr zu trauen ist. Es ist geradezu ein Hohn für jeden Arbeitslosen, wenn sich die SPD vor dem Hintergrund dieses politischen Scheiterns noch als Partei der „sozialen Gerechtigkeit“ verkaufen möchte.

Unser Land braucht jetzt endlich eine wirklich konsequente Reformpolitik aus einem Guss, die sich der wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen annimmt, die Arbeitsplätze schafft, die für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Solidarität und Eigenverantwortung sorgt, die die Situation von Familien und Kinder stärkt und die ein Klima der Verlässlichkeit, Transparenz und des Optimismus befördert. Angela Merkel hat bei ihrer Vorstellung betont: „Wir wollen Deutschland dienen. Ich will Deutschland dienen.“ Mit ihr an der Spitze werden wir uns darum als Union – auf der festen Grundlage unseres christlichen Menschenbildes – als glaubwürdige Alternative präsentieren.

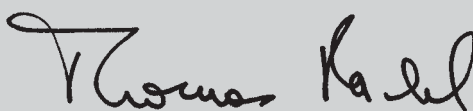
**Unserer Parteivorsitzenden und ehemaligen EAK-Bundvorsitzenden, Angela Merkel, wünsche ich im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises an dieser Stelle von ganzem Herzen eine glückliche Hand für ihre neue Aufgabe als Kanzlerkandidatin und Gottes Segen!**

Ich freue mich, dass wir **unsere Kanzlerkandidatin** auf unserer **42. Bundestagung am 11. Juni, um 10.30 Uhr**, in der Stadthalle zu Heidelberg begrüßen dürfen, wenn sie zu uns über das Thema **„Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“** sprechen wird.

Seien Sie an dieser Stelle dazu noch einmal recht herzlich eingeladen.

Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel  
(Bundvorsitzender des EAK der CDU/CSU)



*Unser Land braucht jetzt endlich eine wirklich konsequente Reformpolitik aus einem Guss, die sich der wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen annimmt.*

hergehende. Seit diesem Zeitpunkt liegen die Geburtenzahlen deutlich unter dem Niveau, das erforderlich wäre, um eine ausgewogene Entwicklung zu erzielen.

Eine Trendwende ist nicht zu erkennen.

■ Ein Drittel der Frauen und Männer in Deutschland bleiben ihr Leben lang kinderlos, was im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung ist. In kulturell und wirtschaftlich vergleichbaren Ländern werden bis zu einem Drittel mehr Kinder geboren.

Besonders beunruhigen muss die Tatsache, dass 42 % der akademisch ausgebildeten Frauen keine Kinder gebären und unterdurchschnittlich gebildete Frauen demzufolge relativ viele Kinder haben. Dies hat Folgen für das Bildungsniveau der Gesellschaft; insofern davon auszugehen ist, dass gebildete Frauen in der Regel auch gebildete Kinder erziehen. Langfristig ist mit dieser Entwicklung unausweichlich eine verringerte Dynamik des Lebens, die Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands, des Wohlstandsniveaus und in der Folge auch der Leistungsfähigkeit des Sozialsystems verbunden. Erste Auswirkungen sind bereits zu beobachten.

■ Die demographische Entwicklung kann im Übrigen bei weitem nicht durch Einwanderung in dem erforderlichen Maße korrigiert werden, wie gelegentlich immer noch behauptet wird ...

■ Die Einbindung der Alten in die alltäglichen Lebensbezüge und damit die Verhinderung ihrer Einsamkeit, später die Versorgung und Pflege der Hoch- und Höchstbetagten – und darin die Humanität der Gesellschaft – droht zu einer kaum lösbaren Herausforderung für die überforderte mittlere Generation zu werden. In Nachbarländern zeigt sich inzwischen, dass die Krisen am Ende des Lebens unter diesen Bedingungen neuerlich zu schwierigen ethischen Abwägungen zwingen. Bestimmte Euthanasie – Konzepte, die in den Niederlanden und in der Schweiz verfolgt werden, sind mit der unbedingten Hochachtung des Lebens im christlichen Glauben unvereinbar.

Um der demografischen Krise zu begegnen, werden als entsprechende Lösungsansätze vor allem eine finanzielle Besserstellung der Familien und eine bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit diskutiert. Angesichts der im öffentlichen Raum herrschenden Neigung, komplexe Sachverhalte zu verkürzen, sei darauf hingewiesen, dass es sich um notwendige, jedoch nicht

hinreichende Bedingungen für eine Weichenstellung in eine lebenswerte Zukunft handelt. Sie werden nicht ausreichen, um die Geburtenzahlen in dem erforderlichen Maße ansteigen zu lassen.

Auffällig ist ja, dass die Geburtenzahlen bundesweit dort am niedrigsten sind, wo die öffentlichen Betreuungsangebote am besten sind, nämlich in Ostdeutschland. Tatsächlich haben in den zurückliegenden Monaten verschiedene Untersuchungen deutliche Hinweise darauf gebracht, dass weitere Faktoren einbezogen werden müssen, wenn es darum geht, zu einem Leben mit Kindern zu ermutigen.

a) Offenkundig tragen die Zerbrechlichkeit der Liebesbeziehungen und die mangelnde Stabilität in den Partnerschaften dazu bei, dass vorhandene Kinderwünsche nicht realisiert werden können. Junge Frauen fragen sich, ob der – potentielle – Vater wirklich auf Dauer zur Erziehung des gemeinsamen Kindes zur Verfügung stehen wird. Von jungen Männern wiederum kann man zunehmend die Besorgnis hören, dass sie von der Erziehung der Kinder ausgeschlossen, stattdessen aber auf die Rolle des Zahlers von Alimenten reduziert werden könnten. Tatsächlich gibt es inzwischen eine pädagogische Diskussion um die Wiederkehr der vaterlosen Gesellschaft; die Rollenunsicherheit insbesondere von Jungen und jungen Männern; die so genannte „Feminisierung der Kindheit“ bezeichnet das Verschwinden der Väter aus dem Erziehungsprozess. In Sachsen werden bereits etwa 55 % der Kinder unehelich geboren und der Anteil der allein Erziehenden ist dementsprechend außerordentlich hoch; verbunden damit ist in aller Regel keine Ermutigung zum zweiten oder dritten Kind.

b) Überwältigend deutlich ist – ein zweiter Faktor – auch, dass einigermaßen gesicherte materielle Zukunftsperspektiven, also Arbeitsplatzsicherheit, erforderlich sind, um die mit der Erziehung von Kindern verbundenen Belastungen akzeptieren zu können. Es ist auffallend, dass besonders viele gut ausgebildete junge Frauen die ostdeutschen Bundesländer verlassen, weil sie in ihrer Heimat keine Beschäftigung finden; nur wenige von ihnen kehren zu einem späteren Zeitpunkt zurück. Diese Abwanderung trägt erheblich zu der kommenden demografischen Krise, z. B. in Sachsen, bei.

c) Auch die in Deutschland ungewöhnlich langen Ausbildungszeiten und das ungewöhnlich frühe Renteneintrittsalter üben einen negativen Einfluss aus, insofern in einem relativ kurzen Lebensabschnitt sehr viele Erwartungen konkurrieren

*Offenkundig tragen die Zerbrechlichkeit der Liebesbeziehungen und die mangelnde Stabilität in den Partnerschaften dazu bei, dass vorhandene Kinderwünsche nicht realisiert werden können.*



ren: Ausbildung, Stabilisierung der Liebesbeziehung, Geburt der Kinder und die ersten Karriereschritte sind wohl nur schwer gleichzeitig zu realisieren. Angesichts dieser Kumulierung ist es nicht erstaunlich, dass schließlich auch das hohe Alter der Erstgebärenden (durchschnittlich 29 Jahre) hinderlich für die Realisierung weiterer Kinderwünsche ist. In diesem und erst Recht in späterem Alter ist die Fertilität bereits deutlich herabgesetzt und lange aufgeschobene Kinderwünsche können häufig aus biologischen Gründen nicht mehr realisiert werden. Die „Kompression der Biografien“, also die Überforderung durch die Vielzahl lebensprägender Entscheidungen in den Jahren zwischen 25 und 35 legt es nahe

- die Ausbildungszeiten zu verkürzen
- die Zeit für das „Kinderkriegen“ nach vorn zu verlegen; und
- die Dauer des Berufslebens nach hinten zu verlängern; der Rentenbezug sollte also auch aus dieser Perspektive später einsetzen.

Es geht also um nichts Geringeres als um den Umbau der Biographien. Hier ist auch die Wirtschaft gefordert; sie erwartet immer noch die jobgerechte Familie. Im wohlverstandenen Eigeninteresse der Unternehmen sollte es aber inzwischen darum gehen, familiengerechte Jobs anzubieten.

3) Hinter diesen Überlegungen scheint allerdings auf, dass auch gewisse Orientierungen und Mentalitäten die Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft begründen. In einer hoch individualisierten lebenden Gesellschaft sind alle Institutionen des gemeinschaftlichen Lebens über längere Zeiträume geschwächt worden. So hat sich eine Lebenshaltung, die ich als „Kultur der Selbstbezüglichkeit“ bezeichnen möchte, herausgebildet. So vermag man in den Kindern und dem Teilen des Lebens mit ihnen nicht eine beglückende Aufgabe, die dem Leben Sinn und Erfüllung gibt, zu sehen, sondern eher eine Last, der man sich zu entziehen trachtet. In gewissem Sinn ist die Entscheidung für oder gegen ein Leben mit Kindern immer eine Aussage über das eigene Selbstverständnis, die Erwartungen an ein gelingendes Leben und über den eigenen Blick auf das Morgen. Wer sich für das Leben mit Kindern entscheidet, sagt für das eigene Leben und damit auch für das der Gesellschaft „gut“ – eine Absage zugleich an Zukunftsangst und Verzagttheit, Ausdruck eines elementaren Grundvertrauens. Vielen Menschen erscheinen aber Ziele und Orientierungen erstrebenswert und attraktiv, die unmittelbar – oder gar ausschließlich – mit der eigenen Person verbunden werden können, ohne dass dauerhafte Bindungen eingegangen werden müssten.

Darin wird man vor allem auch ein Verhaftetsein in der Gegenwart zu erkennen haben, das den vertrauensvollen Blick auf die Zukunft verstellt. In diesen Zusammenhang gehört auch die nach wie vor hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen – inzwischen kommen auf etwa 710.000 Geburten etwa 130.000 Schwangerschaftsabbrüche. Ein Verhältnis, das sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert hat: die Zahl der Abbrüche bleibt konstant, während die Geburtenzahl sinkt.

Das Phänomen der „Entwöhnung“ vom Leben mit Kindern ist überall dem zu einem ernst zu nehmenden Faktor geworden. Es haben sich sozusagen „kinderfreie“ Bereiche der Gesellschaft herausgebildet, die implizit die Botschaft verbreiten, dass man auch ohne Kinder sehr gut leben kann – was allerdings eine Illusion ist, wie uns die demographische Entwicklung lehren wird.

Vielmehr muss es als anthropologische Konstante angesehen werden, dass die mittlere Generation in jeder denkbaren historischen Konstellation die Aufgabe hat, sowohl für die nachwachsende als auch für die alte Generation Sorge zu tragen. Ein Abweichen von dieser Grundgegebenheit ist nur scheinbar und nur für wenige möglich – nämlich so lange eine große Mehrheit dies nicht infrage stellt („Kinder bekommen die Leute von alleine“, Adenauer 1956) Wer keine eigenen Kinder hat, wird im Alter unweigerlich auf die Kinder anderer Menschen angewiesen sein. Der Sozialstaat und die von ihm auf hohem pflegerischen, finanziellen und humanen Niveau gewährleistete Versorgung der Ruhestandsgeneration verdeckt diesen elementaren und unauflöselichen Zusammenhang solange, wie die „Kinder anderer“ in der notwendigen Zahl zur Verfügung stehen – das aber wird demnächst nicht mehr der Fall sein.

Die vorstehenden Überlegungen machen deutlich, dass es nicht unangemessen erscheint, von einer Sinnkrise zu sprechen, in der sich unser Land befindet; ich beobachte eine fundamentale Verunsicherung über die das Leben tragenden und ihm Struktur verleihenden Werte, Überzeugungen und Gewissheiten. Ein Mentalitätswechsel wird erforderlich: das gesellschaftliche System der Orientierungen, die ein lebenswertes Leben begründen, ist in die Betrachtung einzubeziehen, wenn die Weichen für ein gutes Leben neu gestellt werden sollen: es kann nicht nur um die Korrektur von sozialpolitischen Fehlsteuerungen gehen.

4) So wird es nicht überraschen, dass abschließend einige theologische Anmerkungen folgen,

*Es haben sich sozusagen „kinderfreie“ Bereiche der Gesellschaft herausgebildet, die implizit die Botschaft verbreiten, dass man auch ohne Kinder sehr gut leben kann – was allerdings eine Illusion ist, wie uns die demographische Entwicklung lehren wird.*

denn der christliche Glauben kann für eine Neuorientierung zu einer lebenswerten Zukunft hilfreiche Impulse geben.

Die Zehn Gebote lassen sich in zwei Gruppen aufteilen – die ersten drei befassen sich mit dem Verhältnis des Menschen zu Gott; die folgenden sieben Gebote regeln die Verhältnisse der Menschen untereinander. Dabei fällt auf, dass das 4. Gebot das erste in der zweiten Gruppe ist: „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf dass es dir wohl ergehe und du lange lebest auf Erden.“

Zur Zeit der Erstellung der Gebote gab es keine Geburtenkontrolle, aber gerade deswegen ist offenkundig, dass das 4. Gebot auf die Abfolge der Generationen zielt. Es will nicht nur vordergründig Verhaltensregeln der Jungen gegenüber den Alten formulieren und somit das Humanum für die nicht produktive Generation gewährleisten. Vielmehr soll die Weitergabe des Lebens gesichert werden. Nicht ohne Grund fallen in der Heiligen Schrift immer wieder die Genealogien, also der Bezug auf die Erbfolge der Generationen auf, unter anderem am allerersten Anfang des Neuen Testaments. Vor der Geburt Jesu schildert Matthäus, woher Jesus von Nazareth kommt, wer seine Vorfahren sind.

Das 5. Gebot, das in einem breiten Bewusstsein als das höchste angesehen wird, ist also zu Recht an nachgeordneter Stelle eingefügt. Bevor die Unverletzlichkeit des Lebens im Tötungsverbot Gestalt gewinnt, geht es um die Weitergabe des Lebens, das Miteinander von Kindern und Eltern. Sie gewinnt Gestalt im humanen Umgang mit der alten, nicht produktiven Generation: wer Vater und Mutter ehrt, hat selbst Aussicht auf ein Alter in Geborgenheit und Würde. Die zu biblischen Zeiten selbstverständliche, und darum nicht eigens ausgesprochene Voraussetzung von dem allem ist es aber, selbst Vater oder Mutter zu werden; das empfangene Geschenk des Lebens weiterzugeben.

Wir beginnen zur Zeit, schmerzlich die Tiefendimension dieser Wahrheit zu erfahren.

Martin Luther hat in einer seiner großen Schriften die Freiheit eines Christenmenschen dargestellt. Geistesgeschichtlich hat er damit den Weg für die enormen Zuwächse an persönlicher Freiheit in der Lebensgestaltung für uns moderne Menschen geebnet. Dahinter kann es kein zurück geben, wir haben allen Grund, für die mühsam errungenen Freiheiten dankbar zu sein. Leider ist aber nahezu in Vergessenheit geraten, dass Luther von Freiheit in Bindung spricht; gerade der Mensch, der in Freiheit und gerechtfertigt vor seinem Gott steht, ist an seinen Nächsten gewiesen – und zwar, um ihm zu dienen. „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan“. Diese Dialektik macht deutlich: das Gottesverhältnis entscheidet sich auch an dem zum Nächsten – das Liebesgebot ist eines der wichtigsten Kennzeichen unserer Religion. Insofern ist der christliche Glauben vom Grunde her der angesprochenen Kultur der Selbstbezüglichkeit entgegengesetzt und bietet tragfähige Perspektiven zu seiner Überwindung.

Die Situation unserer Zeit ist ja nicht durch einen Mangel an Freiheiten gekennzeichnet – im Gegenteil: das Freiheitsversprechen der Moderne ist weitgehend erfüllt. Die Krisenerscheinungen in der Gegenwart deuten eher darauf hin, dass die Menschen unter der Unfähigkeit leiden, in Freiheit verantwortliche Bindungen einzugehen und sie verlässlich zu leben.

Der christliche Glaube beschenkt uns mit einem zuversichtlichen Blick auf die Zukunft – Ausdruck des Vertrauens, dass wir in Gott geborgen sind. Und er lehrt uns, Freiheit in Bindung zu leben.

*Jochen Bohl ist Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens*

*Leider ist aber nahezu in Vergessenheit geraten, dass Luther von Freiheit in Bindung spricht; gerade der Mensch, der in Freiheit und gerechtfertigt vor seinem Gott steht, ist an seinen Nächsten gewiesen – und zwar, um ihm zu dienen.*



Seit Dezember 2004 haben insgesamt 262 Leserinnen und Leser 13.352,62 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

**Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:**

**Achtung! Neues Konto:** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

**Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)**

# Evangelisches Leserforum

**Wolfgang Huber**  
**Vertrauen erneuern – Eine Reform  
um der Menschen willen**

*Herder spektrum, Freiburg im Breisgau 2005,  
ISBN 3-451-05605-4  
128 Seiten, 7,90 Euro*

Das neue Buch des EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Huber, ist eine Zusammenfassung von unterschiedlichen Gedanken und Überlegungen des vergangenen Jahres. Das dritte Kapitel „Um der Menschen willen – Welche Reform brauchen wir?“ basiert auf der am 30. September 2004 gehaltenen Grundsatzrede Hubers zur aktuellen Reformpolitik. Das siebente Kapitel, „Kirche – ein Global Prayer“, bezieht sich auf eine Rede anlässlich des Johannisempfanges der EKD vom 1. Juli 2004 in der Friedrichstadtkirche zu Berlin. Grundlage des letzten Kapitels, „Vertrauen erneuern“ ist der Magdeburger EKD-Synodenbericht vom 3. November 2004. So vielfältig die ursprünglichen Redeanlässe gewesen sein mögen, so einheitlich ist der thematische Faden, den dieses Buch mit seinen insgesamt acht Kapiteln knüpft: Im Mittelpunkt stehen Begriffe wie „Vertrauen“, „Verantwortung“, „soziale Gerechtigkeit“ und „Option für die Armen“.

Der Begriff „Option für die Armen“ stand ja bereits im Zentrum des sog. „Sozialwortes“ der Kirchen aus dem Jahre 1997, auf das Huber auch in seinem neuen Buch mehrfach Bezug nimmt. Bei manchen Unionspolitikern – insbesondere denjenigen, die 1997 in politischer Regierungsverantwortung standen – löst schon der Begriff „Sozialwort“ eher zwiespältige Gefühle aus. Es ist nämlich bei vielen noch in lebendiger Erinnerung, wie unter anderem auch durch die konkreten kirchlichen Diskussionen um das „Sozialwort“ die ersten damals von der Unionsregierung zaghaft in Angriff genommenen Reformen durch eine aufgeladene und emotionalisierte Stimmung gerade verhindert wurden. Heute ist klar, dass die Union den richtigen Weg eingeschlagen hatte und Deutschland wäre wahrscheinlich eine Menge erspart geblieben, wenn das – auch von den Kirchen – damals schon in ausreichender Weise erkannt worden wäre. Wenn Huber nun – 8 Jahre später – um ein neues gesamtgesellschaftliches „Vertrauen“ wirbt, liest man solches als gestan-

dener Unionspolitiker zunächst mit einer gewissen Zurückhaltung. Hat man doch vor nicht allzu langer Zeit erfahren müssen, dass eben auch der konkrete politische Kontext, in dem bestimmte Begriffe und Gedanken geäußert werden, von großer Bedeutung dafür ist, wie sich Vertrauen zwischen Kirche und Politik bilden bzw. vertiefen kann oder auch nicht.

Doch Huber vermag nicht nur die inhaltliche Kontinuität zu den wesentlichen ethischen Grundlinien und Weichenstellungen des Gemeinsamen Wortes von 1997 zu wahren, die übrigens unbestritten sind und waren, sondern er übt auch – und das wirkt ungemein überzeugend – differenzierende Kritik. So heißt es beispielsweise: „Auch in den Kirchen haben wir das Gewicht der demographischen Verschiebungen nicht ausreichend gewürdigt; auch das Gemeinsame Wort der Kirchen von 1997 hat das nicht getan.“ (a. a. O., S. 44).

Was dieses Buch meines Erachtens insbesondere für Protestanten in der Union lesenswert macht, ist nicht nur die gewohnt scharfe analytische Art, mit der die Phänomene und Probleme beschrieben werden, sondern auch die inhaltlich-theologische Souveränität, mit der er uns zu den Wurzeln der genuin evangelischen Sozialethik zu führen weiß. Insbesondere das Kapitel „Soziale Gerechtigkeit – Orientierungen an der evangelischen Soziallehre“ ruft eine zentrale Grundbestimmung in Erinnerung, die auch für unsere christlich-demokratische Unionspolitik von bleibender Bedeutung ist. Mit Namen wie Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard hat, wie Huber treffend sagt, „der soziale Protestantismus prägende Wirkungen entfaltet“ (a.a.O., S. 67). An anderer Stelle wiederum heißt es: „In dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft verbinden sich die Wertorientierungen des christlichen Glaubens in der Richtung von Nächstenliebe und Solidarität mit den Triebkräften wirtschaftlichen Handelns.“ (a. a. O., S.72).

Huber bezieht Stellung zum Thema „Feiertags- bzw. Sonntagsschutz“, führt uns zu den Wurzeln der protestantischen Arbeitsethik zurück und bestimmt auf der Basis des christlichen Menschenbildes das Verhältnis zwischen Gemeinwohl und Eigennutz. Er erläutert, warum die Reformen um des Menschen willen zu geschehen haben und grenzt eine an christlichen Wertvorstellungen



orientierte Politik deutlich von einer bloß interessengeleiteten ab. Er betont die Dringlichkeit von Generationengerechtigkeit und fordert eine konsequente familienpolitische Neuausrichtung zum Wohle unseres Landes. Auch wenn man nicht allen Ausführungen Hubers im Detail, und damit auch manchem seiner sehr konkret politischen Vorschläge, folgen muss, stellt dieses Buch eine grundlegende Orientierungshilfe protestantischer Ethik in schwieriger Zeit dar. Schließlich wird auch die mögliche Differenz bei politischen Entscheidungen und Sichtweisen, die es unter Christen geben mag, in

diesem ausgewogenen und brillant geschriebenen Buch reflektiert, wenn es heißt: „Für das Christsein entscheidend ist nicht die einzelne Antwort auf diese oder jene Frage. Denn das Christsein entscheidet sich bekanntlich am Glauben an Jesus Christus selbst. Ethische Gleichförmigkeit oder moralische Homogenität gelten gemeinhin eher als Kennzeichen von Sekten, nicht von Kirchen. In der Kirche werden Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher politischer Orientierung durch die Taufe miteinander verbunden. Durch die Zustimmung zu einer bestimmten poli-

tischen Position, die im Namen der Kirche vorgebracht wird, ist man noch kein Christ. Und auch dadurch, dass man einer solchen Position nicht zustimmt, hört man nicht auf, Christ zu sein. Miteinander nach den Wegen zu suchen, auf denen wir heute Verantwortung wahrnehmen können, ist eine Aufgabe, für die unterschiedliche Perspektiven geradezu notwendig sind.“ (a.a.O., S. 34) – Dem ist nichts hinzuzufügen.

*Jochen Borchert MdB, Bundesminister a. D., ist ehemaliger Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU und Ehrenmitglied des EAK-Bundesvorstandes*

## Aus unserer Arbeit

# Aus unserer Arbeit

**„Europa ist kein Durchlauferhitzer der Globalisierung“ – Europaparlament-Vizepräsident Dr. Ingo Friedrich in Inzell**

*Gedenkveranstaltung spannte weiten Bogen – Frieden durch Integration in Europa beginnt vor der Haustüre*

„Die Gründerväter der Europäischen Union hatten die Erkenntnis gewonnen, dass einzelne Nationalstaaten es nicht vermocht haben, den Zweiten Weltkrieg zu verhindern“, erläuterte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Europaabgeordnete **Dr. Ingo Friedrich** in seiner Rede anlässlich einer Gedenkfeier zum 60. Jahrestages des Kriegsendes in Inzell. „Frieden durch Integration Gestern-Heute-Morgen“ lautete so auch am gestrigen Freitag der Titel einer Veranstaltung, die in der gut gefüllten Christuskirche auf eindrucksvolle Weise einen Bogen von Mai

1945 bis hin zur aktuellen Europa-verfassung spannte. „Die Grundrechte in den ersten zwanzig Artikeln und die darin aufgestellten Gebote zur Menschenwürde finden ihren Ursprung im christlichen Naturrecht“, betonte dabei der ausgewiesene Experte des Europaparlaments, Ingo Friedrich.

Zu Beginn der Veranstaltung machte der Hausherr und Pfarrer **Roland Sievers** deutlich, dass auch unsere heutige Gesellschaft keine Garantie für ein friedliches Morgen habe: „Aber es wird zunehmend schwieriger, in Europa Krieg zu führen. Die Einheit der Staaten verhindert Auseinandersetzungen mit Waffen“, erklärte der Geistliche. Landrat **Hermann Steinmaßl** ging anschließend in seinen Grußworten auf das persönliche Schicksal seines Vaters ein: Mit 21 Jahren in den Arbeitsdienst, mit 23 Jahren in den Krieg, mit 30 Jahren aus russischer Gefangenschaft entlassen – „Es war eine schlimme Zeit, er will nicht darüber reden. Fast 10 Jahre seines Lebens waren verloren“, führte der Landrat aus. „Frieden kann nur dann entstehen, wenn das Gestern in das Heute integriert wird“, schloss Hermann Steinmaßl,

„wichtig dabei ist, dass wir echte Werte haben, diese Werte auch leben, und selbstbewusst und tolerant sind.“ Übergeleitet von Moderator **Gerhard Richter** begann daraufhin der Dekan und stellvertretende Regionalbischof, **Gottfried Stritar**, seine Ausführungen mit dem Hinweis: „Bundespräsident Köhler hat Recht, als er am 8. Mai zum Gedenken an das Kriegsende sagte, es gebe keinen Schlusstrich. Frieden und Integration brauchen Erinnerung.“ Vielmehr müsse man gemeinsam bedenken, wie diese Integration zu geschehen habe, betonte der Dekan eindringlich. Deshalb hätten beide großen Kirchen dazu aufgerufen, den Frieden zu wahren und aktiv zu fördern. Umrahmt von feierlicher Musik des Organisten **Helmut Tryba** und der Flötistin **Isabel Benker** fasste der Hauptredner und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, seine Rede in zentralen Punkten zusammen: „Europa ist kein Durchlauferhitzer der Globalisierung“, brachte es der Europaabgeordnete auf den Punkt, „im Gegenteil: Durch zum Beispiel neue Zölle gegenüber China kann man bestimmte Warengruppen





*Bild (Rechter): v. l. Landrat Hermann Steinmassl, Dekan und stellvertretender Regionalbischof Gottfried Stritar, Organisatorin Annelie Gromoll, Dr. Ingo Friedrich MdEP, Pfarrer Roland Sievers, Heimatpfleger Willi Preinfalk und VdK-Ortsvorsitzender Sigi Hopf*

einschränken. Hier ist Europa ein Entschleuniger.“ Dabei könnten die Rechte der sozialen und ökologisch vertretbaren Marktwirtschaft Europas als Exportschlager für andere Staaten wirken: „Die Mindeststandards für Menschenrechte sind eine Botschaft Europas an die Welt.“ Dazu hätte der Beitritt der neuen Staaten zur Europäischen Union nachweislich gute Ergebnisse auch für Deutschland erzielt: „Studien der IHK bestätigen, dass durch den Beitritt der zehn neuen EU-Staaten bereits heute schon mehr Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden als Arbeitsplätze in andere EU-Staaten abwandern.“ Allerdings seien die Aufnahme- und Integrationsmöglichkeiten der EU auch begrenzt. In diesem Sinne spricht sich Dr. Ingo Friedrich zwar für Partnerschaften mit der Türkei und der Ukraine aus, aber klar gegen volle Beitritte der beiden Staaten. Im Anschluss an das Referat des Vizepräsidenten schilderte der Heimatpfleger der Gemeinde Inzell, **Willi Preinfalk**, die letzten Tage des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1945. Der damalige 13-jährige Junge erlebte in Inzell die letzten Einschläge von Granaten, die ersten Panzer der amerikanischen Armee im Ort

und die verzweifelten deutschen Soldaten auf der Flucht: „Die Straßen waren verstopft, Versorgungslastwagen kamen ebenso wenig vorwärts wie fliehende deutsche Truppen, die Brücken der Umgebung waren schon gesprengt.“ Eindrucksvoll zeichnete er in kurzen Beschreibungen die weißen Fahnen an die Häuser, erläuterte die Situation in Inzell und klärte auf, wie viele Flüchtlinge in der Region untergebracht wurden. „Man rutschte einfach nochmals enger zusammen“, durchlebte der Heimatpfleger nochmals hautnah diese Zeit.

Abschließend bedankte sich Organisatorin **Annelie Gromoll** bei den Mitwirkenden und überreichte den Rednern eine als Kreuz umgestaltete Patrone: „Ich hoffe, dass mit dieser Veranstaltung ein Beitrag für das gegenseitige Verständnis geleistet wurde. Aber alleine die Tatsache, dass die Evangelisch-Lutherische Gemeinde, die Frauenarbeit des Evangelisch-Lutherischen Dekanats, der VdK Inzell, die Krieger- und Soldatenkameradschaft sowie die Gebirgsschützenkompanie Inzell gemeinsam diesen Abend veranstalteten, zeugt von echter Zusammenarbeit in Inzell.“

## „Gelebter Glaube wird Europa prägen“

*Christine Lieberknecht sprach in Marburg zum Thema „Wie christlich ist Europa?“*

Mit über 50 Gästen gut gefüllt war das Marburger Stadthallenrestaurant, als der Evangelische Arbeitskreis Marburg-Biedenkopf die Vorsitzende der Thüringer CDU-Landtagsfraktion und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende Christine Lieberknecht begrüßen konnte. Das Motto des Abends war „Wie christlich ist Europa?“

Nachdem der Marburger EAK-Kreisvorsitzende Pastor i.R. **Dr. Mehnert** in seiner Einleitung schlaglichtartig die europäische Ausbreitung des Christentums von der ersten europäischen Christin Lydia (Apg.) bis in die Gegenwart beleuchtet hatte, machte er mit Worten des EAK-Gründers Hermann Ehlers darauf aufmerksam, dass die Frage nach den christlichen Fundamenten Europas nicht erst heute aktuell geworden sei: „Wir würden unserer Berufung untreu, wenn wir nicht das christliche Fundament dieses Europa als den wichtigsten und dauerhaftesten Baustein ansehen würden. Dieses Fundament ist ein gemeinchristliches. Dazu gehört St. Peter in Rom genau so wie der Dom zu Uppsala, der Dom zu Chartres ebenso wie St. Marien in Lübeck, die Westminster Abtei ebenso wie die Schlosskirche zu Wittenberg“, zitierte er den damaligen Bundestagspräsidenten und fügte hinzu „genauso wie die Elisabethkirche in Marburg und die Frauenkirche in Dresden, die Isaak-Kathedrale in St. Petersburg, die Klöster des Heiligen Berges Athos und Santiago de Compostella.“

**Christine Lieberknecht** begann ihren Vortrag mit dem Hinweis auf die Heilige Elisabeth, an deren 800-jähriges Todesjahr 2007 von Hessen und Thüringen in verschiedenen Veranstaltungen erinnert

werden soll: Als ungarische Königstochter hatte sie über Eisenach den Weg nach Marburg gefunden und dort ihr Werk der Nächstenliebe fortgesetzt – und so wurde Marburg schon bald nach ihrer Heiligsprechung zu einem Anziehungspunkt für Pilger aus ganz Europa. Somit sei diese Heilige, die ja auch gleichsam Hessen und Thüringen wie auch die Partnerstädte Marburg und Eisenach miteinander eng verbinde, gleichsam ein frühes Beispiel für eine europäisch wirkende Christin, so Lieberknecht.

Von diesem Blick in die Vergangenheit wechselte sie in die Gegenwart – zu den Bildern von der Trauer und Anteilnahme von Millionen Menschen am Tod des letzten Papstes Johannes Paul II; Könne dies ein Indiz für einen geistlichen Aufbruch sein? Komme vielleicht in der Begeisterung für diesen Papst ein „Hunger nach Religion“ zum Ausdruck? Zumindest aber riefen die Beobachtungen dieser Tage in Erinnerung, dass das Christentum keineswegs eine verschwindende Größe in Europa sei – was sich ja auch in den Zahlen zeige: So seien von den 720 Mio Bürgern in Europa 51% der Menschen katholisch, 16% Evangelisch, 3% orthodox, während nicht einmal ein Drittel keiner der christlichen Religionsgemeinschaften angehörten.

Auch historisch sei das Europa von Heute ohne den christlichen Beitrag nicht denkbar. In einem Überblick über die europäische Geistesgeschichte wies sie daraufhin, wie prägend das Christentum für Europa gewesen sei: Angefangen beim kirchlichen Festtagskalender, der Europas Alltag bestimme bis hin zur Rechtsordnung, die ohne das christliche Erbe kaum denkbar wäre.

„Europa muß sich auf diese christlichen Wurzeln besinnen“, forderte die Thüringer Politikerin. Gerade auch, weil – trotz manch schlimmer Irrwege in der Kirchengeschichte – die Idee der Men-

schenrechte vom Christentum verinnertlicht und mitgeprägt wurde und auch Errungenschaften wie die soziale Marktwirtschaft ohne den Einfluß des Christentums kaum denkbar wären.

Von diesen grundsätzlichen Überlegungen ging sie über zu aktuellen Fragestellungen der Europapolitik. So äußerte sie sich überaus kritisch zu einem EU-Beitritt der Türkei. Sie erinnerte an den langen Prozeß, den es bedurfte, dass sich eine weitgehende Trennung von Kirche und Staat entwickeln und die weltanschauliche Neutralität zur Grundlage der Staatsordnung werden konnte. Deswegen könne auch die Integration der Türkei in die EU nur gelingen, wenn sich auch dort eine ähnliche Entwicklung vollziehe. Davon aber sei die Türkei noch vergleichsweise weit entfernt; verschiedene Diskriminierungen, nicht zuletzt auch christlicher Gemeinschaften zeigten ja, dass keineswegs von einem wirklich laizistischen Staat die Rede sein könne.

Ihr Bedauern äußerte sie auch darüber, dass es nicht gelungen sei, einen Gottesbezug in die europäische Verfassung zu verankern. Ein politisches Gebilde wie die europäische Union müsse sich bewusst sein, dass eine politische Ordnung auch Grenzen habe oder – mit den Worten des Bokkenförde-Axioms – „auf Voraussetzungen beruhe, die er nicht selber schaffen kann“. Gerade der weltanschaulich-neutrale Staat brauche ein Gegenüber in der Religion – ohne dass damit eine Bevorzugung einer bestimmten Religionsgemeinschaft gemeint sei. Nicht zuletzt könne ja auch der Verweis auf Gott in der Verfassung auch Politik vor Überforderung schützen und daran erinnern dass der Staat keineswegs das Maß aller Dinge sei. Gerade ihre persönliche Erfahrung in der DDR habe ihr in besonderer Weise vorgeführt, wie schwerwiegend es sei, wenn Staaten sich selbst abso-

lut setzten. „Hier wird deutlich, wie sehr das christliche Menschenbild, wenn es Ernst genommen wird, jedweder Form des Totalitarismus diametral entgegensteht.“

Dass ein Gottesbezug in der Verfassung nicht durchsetzbar gewesen ist, sei insofern enttäuschend, für die Praxis allerdings sei es wichtig, dass es immerhin – wenn auch nicht ganz ohne politisch kontroverse Diskussionen – gelungen sei, in der europäischen Verfassung einen Rechtsrahmen zu schaffen, der den Kirchen große Freiräume einräume und auch das besondere Verhältnis von Kirche und Staat in Deutschland nicht antaste.

Damit biete auch die europäische Verfassung den Kirchen einen Rahmen, der zur Mitgestaltung genutzt werden könne: „Europa braucht eine aktive Kirche, die diesen Rahmen nutzt und so auch Europa weiterhin zu prägen vermag.“. Sie wolle und könne sich kein Europa ohne das Christentum vorstellen – und die Tatsache, dass die EKD ihre Repräsentanz genau gegenüber dem Gebäude der EU-Kommission gewählt habe markiere auf beispielhafte und erfreuliche Weise, dass die Kirche in Europa ihre Rolle aktiv nutzen wolle.

Wenn Glaube lebendig sei, werde das Christentum auch in Zukunft Europa prägen, zeigte sie sich überzeugt. Vor allem aber sei die Vitalität des Glaubens entscheidend dafür, welche Rolle das Christentum im vereinten Europa spiele. Damit aber werde die Frage, wie christlich Europa in Zukunft sei, nicht der Politik oder den Kirchen, sondern den Christinnen und Christen gestellt: „Wenn wir alle unseren Glauben engagiert und tatkräftig leben, dann muß es uns nicht bange sein, dass Europa auch in Zukunft christlich sei!“, schloss die Fraktionsvorsitzende ihren Vortrag, dem eine lebhaft diskutierte Diskussion folgte.

## 42. EAK-Bundestagung in Heidelberg zum Thema: „Zukunft für Deutschland – zwischen ‚Multikulti‘ und ‚Leitkultur‘?“ am 10. und 11. Juni 2005

mit der Kanzlerkandidatin der CDU/CSU, Dr. Angela Merkel,

### *Thema: „Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“*

am Samstag, 11. Juni, 10.30-12.00 Uhr  
in der Stadthalle Heidelberg, Neckarstaden 24, 69117 Heidelberg.



Des Weiteren ist unter der Leitung des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel MdB, folgendes Tagungsprogramm vorgesehen:

#### Freitag, 10. Juni:

##### 16.30-18.00 Uhr

**Prof. Christoph Link** (Hans-Liermann-Institut für Kirchenrecht, Erlangen)  
„Zum Verhältnis von Kirche und Politik in einer pluralen Gesellschaft“

##### 19.15-20.45 Uhr

**Theologisches Abendgespräch:** „Prägen christliche Werte auch die Gesellschaft der Zukunft?“

Referenten: **Ministerpräsident Günther H. Oettinger MdL**, **Bischof Dr. Ulrich Fischer**, **Prof.Dr. Klaus Berger** (Ev.-Theol. Fakultät der Universität Heidelberg)

*(Änderungen vorbehalten)*

Organisatorische Rückfragen an: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin,  
Telefon: 0 30-2 20 70-4 32, Telefax: 0 30-2 20 70-4 36,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de



## Der EAK auf dem 30. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover

Der 30. Deutsche Evangelische Kirchentag fand in diesem Jahr vom 25.–29. Mai in Hannover statt. Unter der Losung „Wenn dein Kind dich morgen fragt ...“ ging es unter anderem um Globalisierung und Heimat, die Verantwortung für die Umwelt, um Spiritualität, Glauben und das Verhältnis zu anderen Religionen. Dem Aufruf des Kirchentages folgten in diesem Jahr über 105.000 Dauerbesucher in die Leinestadt, die an insgesamt mehr als 2.500 Veranstaltungen teilnahmen. Hannover als Ort des Geschehens war bewusst gewählt, wurde hier doch im Jahr 1949 die Kirchentagsbewegung ins Leben gerufen.

Das Programm gliederte sich in drei Gruppen: Der Themenbereich „Wie können wir glauben?“ fragte nach der Zukunft von Kirche und Glauben. Im Bereich „Wie wollen wir leben?“ ging es um Entwürfe für eine lebenswerte Gesellschaft. Unter dem Motto „Wie sollen wir handeln?“ wurde nach Reformen und der Zukunft der Marktwirtschaft gefragt. Den Auftakt dieses Großereignisses bildete der „Abend der Begeg-



*Kirchentagspräsident Prof. Nagel in seinem Grußwort: „Wir haben einen klaren und deutlichen Standpunkt, aber wir sind offen für die Diskussion und wir sind offen für das Leben in unserer Gesellschaft.“*

nung“ mit mehreren Eröffnungsgottesdiensten und einem musikalischen Rahmenprogramm. An jenem Abend fand auch der 2. Empfang des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) im Festsaal des Alten Rathauses von Hannover statt. Der Einladung des Bundesvorsitzenden des EAK, **Thomas Rachel MdB**, waren knapp 600 Gäste gefolgt, darunter zahlreiche Prominenz aus Kirche und Politik. Unter den Gästen

befanden sich auch die CDU-Partei-vorsitzende, **Dr. Angela Merkel MdB**, der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, **Prof. Dr. Dr. Eckhard Nagel**, die Bischöfin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, **Dr. Margot Käßmann**, der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, **Christian Wulff MdL**, und der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof **Dr. Wolfgang Huber**.

In seiner Begrüßung nahm der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel Bezug zum Leitwort des Kirchentages. Die Mahnung aus dem Alten Testament, nämlich selbst eine Antwort auf die zentralen Fragen des Lebens zu haben, wenn uns unsere eigenen Kinder fragen, sei für uns von nicht nur bleibender, sondern sogar von immer dringlicher werdender Bedeutung: In einer Zeit des Wertewandels und der zunehmenden allgemeinen Orientierungslosigkeit in Glaubensdingen, in einer Zeit des wachsenden moralischen Relativismus und des Individualismus hätten wir viel Arbeit vor uns. Als Christen in der Politik allzumal. Auch wenn es keine „christliche“ Politik gebe – so Rachel weiter – gebe es doch Politik aus christlicher Verantwortung und Motivation. Als Christdemokraten des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



*Angela Merkel bemerkt: „Werte fallen uns nicht zu, sondern Werte sind Wurzeln in und aus Gott heraus und von diesen Wurzeln leben wir.“*



stehe man zu einer solchen Verantwortung – und dies mit großem Erfolg seit nunmehr schon über 53 Jahren. Gemeinsam wolle man etwas bewegen zum Wohle unseres Landes. Zusammen mit den Kirchen und allen Schwestern und Brüdern im Glauben gelte es, eine menschenwürdige und verlässliche Zukunft für unsere Gesellschaft zu bauen und mitzugestalten. In seinem Grußwort sagte Ministerpräsident **Christian Wulff**, eine Partei wie die Union, die das „C“ im Namen führe, sei darauf angewiesen, dass die Kirchen sich auch ein Stück weit durch ihre Arbeit vertreten sähen und dass sie anerkennen, dass man sich darum bemühe, im täglichen Tun, im täglichen Leben, christliche Werte zu leben. Er dankte dem Evangelischen Arbeitskreis für seine Arbeit und gestand im Hinblick auf das überzeugende Auftreten von Bischof Huber in den ver-



*Hohes Besucher- und Presseaufkommen beim 2. Empfang des EAK auf dem 30. DEKT*



Pressemitteilung vom 20. 5. 2005

## Therapeutisches Klonen ist Verzwecklichung menschlichen Lebens

**Zu den Nachrichten über das therapeutische Klonen in Südkorea und erstmals in Europa durch britische Forscher erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB: „Das therapeutische Forschungsklonen ist als ein massiver Verstoß gegen den Schutz und die Würde menschlichen Lebens zu werten, der auf gar keinen Fall durch auch noch so berechnete Heilungsverheißungen hoffähig gemacht werden darf. Deshalb ist es empörend und unverantwortlich, wenn Bundeskanzler Schröder zusammen mit anderen Vertretern der Bundesregierung solche und ähnliche Nachrichten zum Anlass nehmen sollte, die hohen bioethischen Standards, die in Deutschland herrschen, aufzuweichen.“**

Nach Angaben der F.A.Z. vom 20. 5. 05 will Schröder die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Göttingen am 14. Juni für ein Plädoyer für das „therapeutische Klonen“ sowie die unbeschränkte Stammzellforschung in Deutschland nutzen. Dies befände sich auf ein und derselben konsequenten Linie, mit der die jetzige Bundesregierung durch Verlautbarungen höchster Vertreter in der jüngsten Vergangenheit immer wieder versucht hat, das deutsche Embryonenschutzgesetz aufzuweichen und den Schutz und die Würde menschlichen Lebens massiv zu relativieren.

Wer einer Verzwecklichung menschlichen Lebens das Wort redet, kann nicht zum Anwalt Schwerstkranker werden. Wer in zynischer Weise Leben gegen Leben verrechnet, handelt letztlich immer unmoralisch. Der EAK der CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, die geltende deutsche Rechtslage zu achten und sich – wie es eigentlich ihrem Auftrag durch das Parlament entspräche – für ein weltweites Klonverbot einzusetzen.“

gangenen Wochen – nicht ohne ein Augenzwinkern – ein, dass man da als Katholik durchaus auch einmal versucht sei, über das Konvertieren nachzudenken.

Kirchentagspräsident **Prof. Nagel** erinnerte an das Vermächtnis des Gründers des Evangelischen Arbeitskreises, Hermann Ehlers, ein Christ in Verantwortung zu sein und sich tatsächlich nach den unglaublichen Erlebnissen der Verbrechen des Nationalsozialismus zu engagieren und damit diesem Land eine Zukunft zu geben. Ehlers sei bewusst gewesen, dass Lasten nicht einseitig getragen werden können. Auch der Kirchentag wolle deutlich machen, dass Gott auch ein Gott des Tragens ist. **Landesbischöfin Käßmann** sagte in ihrem Grußwort, dass sie die Evangelische Kirche vor großen Herausforderungen sehe. Vielleicht liege aber gerade auch in der Krise eine Chance. Käßmann appellierte daran, sich wieder verstärkt auf die Grundlagen des christlichen Glaubens zu konzentrieren, auf die Werte, die man der jungen Generation weitergeben und offensiv in diese Gesellschaft einbringen wolle. Wenn man sich nämlich nicht auf Werte beziehe, die Judentum und Christentum prägend eingebracht haben, würde man über kurz oder lang auch gar nicht mehr wissen, wohin man eigentlich ausländische Mitbürger integrieren wolle. Wenn Nächstenliebe und damit Solidarität keine Grundlage des Gemeinwesens mehr seien, werde das Gewebe zerstört, das uns zusammenhalte. Insofern sei sie davon überzeugt, dass das Thema Glauben und Spiritualität deutlich im Zentrum des Kirchentages stehen werde.

Die CDU-Parteivorsitzende **Dr. Angela Merkel** sagte hinsichtlich des Leitspruches des Kirchentages, dass dieser ihrer Ansicht nach insofern gut gewählt sei, als dass er zum Nachdenken anrege. Es sei ein Motto für einen Kirchentag, wie es für eine Christdemokratin und für einen Christdemokraten nicht schöner sein könne. Für die Gestaltung der Zukunft sei die christliche Bot-



*Die Grußwortredner, rechts: Dr. Friedbert Pflüger*



*Gute Laune: Der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber, in froher Runde mit Ministerpräsident Wulff und Landesbischöfin Käßmann*



*Dichtes Gedränge vor dem EAK-Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“*



schaft eine maßgebliche Instanz, denn Werte würden uns nicht zufallen, sie seien vielmehr Wurzeln in und aus Gott heraus, von denen wir leben.

„Wenn dein Kind dich morgen fragt ... –Gemeinsam in christlich-demokratischer Verantwortung“ – unter diesem Motto präsentierten sich die CDU-Vereinigungen EAK, CDA, Senioren Union und RCDS erstmalig mit einer Standgemeinschaft auf dem „Markt der Möglichkeiten“.

Nach einer erfolgreichen Bibelarbeit zu „Maleachi 3“ und einer Podiumsdiskussion mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering und Cem Özdemir kam Dr. Angela Merkel zum Stand des EAK, wo zahlreiche Kirchentagsbesucher bereits auf sie warteten. Diese hatten die Gelegenheit, ein Interview, das Thomas Rachel mit ihr zu Fragen über Glauben und Politik führte, zu verfolgen.

Auch **Dr. Wolfgang Schäuble** war ein gern gesehener Gast am Stand des EAK, wo er zu Fragen des Glaubens und der Europapolitik Stellung bezog und Fragen des Kirchentagspublikums beantwortete.



*Angela Merkel und Thomas Rachel am Stand des EAK im Gespräch über Glaube und Politik*



*Dr. Wolfgang Schäuble und Thomas Rachel*



*Gruppenbild mit Dame(n): Simone Scholz (Auszubildende beim EAK), Silke Adam (ehemalige Referentin beim EAK), EAK-Referentin Melanie Liebscher, der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Dr. Ingo Friedrich MdEP, EAK-Bundesgeschäftsführer Christian Meißner, EAK-Bundesvorstandsmitglied Hans Bleckmann und EAK-Sekretärin Julia Scheel*

Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030-22070-432, Fax: 030-22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de · **Konto:** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 % chlorfrei.

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!



„Du solltest aber fröhlich und guten Mutes sein; denn dieser dein Bruder war tot und ist wieder lebendig geworden, er war verloren und ist wieder gefunden.“  
(Lukas 15,32)

Das Gleichnis „Vom verlorenen Sohn“ ist eine der wunderbarsten und größten Perlen der Weltliteratur, und wer wollte das bestreiten: Wie viel ist nicht in fast zwei Jahrtausenden darüber geschrieben, gesprochen, gelehrt und nachgesonnen worden? Wer, der es nicht kennt oder noch niemals zuvor gehört hätte? Wer, der nicht von der Kraft dieser Zeilen beeindruckt wäre, auch beim noch so oft wiederholten Hören?

Doch dieses Gleichnis ist mehr als ein Stück großer Literatur und mehr als eine bloß schöne Geschichte, es ist pures Evangelium, das uns wandelt und unsere Herzen aufschließen will für den Inhalt, den es verkündigt. Trauen wir diesem wundervollen Gefühl in uns beim Hören dieses Gleichnisses, so erreicht uns eine Ahnung vom Reich Gottes. Spüren wir diese Sehnsucht und Liebe, so sind wir selbst hineingenommen in den Lebensstrom des Geistes Gottes! Die Botschaft dieses Gleichnisses ist so kindereinfach und doch so schwer. Leicht, kinderleicht ist es, die Geschichte zu verstehen und sie bloß „schön“ zu finden, jedoch schwer, sie als Herausforderung und Spiegelbild unseres eigenen Lebens zu deuten und uns im Alltag unserer Erdentage von ihrer Verheißung immer wieder leiten und erfüllen zu lassen.

Das Annehmen des Vaters steht in deutlichem Gegensatz zur Reaktion des Bruders: Der Bruder versteht die Welt nicht mehr. Er, der doch immer brav beim Vater geblieben ist, muss mit ansehen, wie seinem Bruder nicht nur das ganze Erbe im voraus ausgezahlt worden ist und dieser sich schändlichst aus dem Staube gemacht hat, sondern wie ihm bei seiner Rückkehr auch noch ein rauschendes Willkommensfest bereitet wird. Wo bleibt da

denn die Gerechtigkeit? Aber geht es wirklich um „Gerechtigkeit“? Oder ist es nicht vielmehr so, dass sich hinter dem äußerlichen Wohlverhalten des älteren Bruders eine viel größere Distanz zum eigenen Vater offenbart als vermutet? Zeigt sich nicht in einer solchen Reaktion der Neid auf den Bruder, der still bereits die ganze Zeit geschlummert hat? Nein, es geht hier nicht um diese Art von „Gerechtigkeit“ und um irgendeine in ihrem Namen einforderbare „gerechte Strafe“, die doch letztendlich nur einem niederen Trieb und einem missgünstigen Unverständnis Ausdruck geben würde. Es geht nicht um eine derartig „Gerechtigkeit“ vorheuchelnde Hölle, die, bar jedes Mitgefühls und jeder aufrichtigen Liebe, den Menschen ein für alle Mal auf seine vergangene Verfehlung festschreiben will, ohne Umkehr und ohne Neuanfang.

Es geht stattdessen um diese Liebe des Vaters, die höher und stärker ist als jede Verfehlung dieser Welt und die um Veränderung und Wandlung, um Umkehr, Reue und wahre Buße weiß. Sie allein lässt uns Menschen leben, denn genauso wenig, wie sie billige Gnade ist, setzt sie einfach einen Menschen mit der Summe seiner Taten gleich. Sie weiß, dass wir als Menschen mit unseren kleineren oder größeren Verfehlungen, Abgründen und Schuldenbergen nur unter dem Anblick ihres liebenden Blickes Bestand haben können, weil wir alle sonst, und zwar ohne jede Ausnahme, verloren wären! Also sollen wir fröhlich sein und guten Mutes, denn wo wir uns als Menschen gegenseitig verklagen und das „Todesurteil“ aussprechen, erlaubt uns Gott, durch seine Liebe zu leben. Können wir das als Menschen nicht endlich einmal begreifen?

Meißner

#### Unsere Autoren:

Bischof Jochen Bohl  
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens  
Tauscherstr. 44  
01277 Dresden

Jochen Borchert MdB  
Paul-Löbe-Haus  
Paul-Löbe-Allee 2  
10557 Berlin